

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **189 (2023)**

Heft 7

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

DÄNEMARK

Rasanten Hochrüstern

Die NATO fordert von ihren Mitgliedern schon seit 2014, die Zwei-Prozent-BIP-Regel umzusetzen. Während vor allem baltische und südosteuropäische Länder aufgrund der Relation zu deren gesamten BIP bereits mit kleinen, aber teils dennoch feinen Rüstungsvorhaben immer wieder für Aufsehen sorgten, wagte sich das Königreich Dänemark in bisher unerreichte Beschaffungssphären vor. Obwohl Kleinstaat, hat das Land dennoch eine relativ grosse territoriale Verantwortung. Sowohl die Faröer Inseln als auch Grönland unterliegen dem Schutzmandat aus Kopenhagen. Mit etwa 9000 Berufssoldaten und einer Reserve im Umfang von 20 000 Wehrpflichtigen und Freiwilligen der Hjemmeværnet (Heimwehr) ist das Land aber vollumfänglich auf die Integration in die NATO-Sicherheitsarchitektur angewiesen. In voller



Die dänische Armee setzt sich zu einem guten Teil aus Freiwilligen zusammen. Bild: Forsvaret

Kenntnis darüber wird entsprechende Realpolitik betrieben und auch schon mal ein staatlicher Feiertag abgeschafft (es traf den Freitag nach Auffahrt), nur um die steigenden Rüstungsausgaben stemmen zu können.

Allenfalls dient dieser Effort auch der derzeitigen Premierministerin Mette Frederiksen als Eintrittsticket ins NATO-Generalsekretariat. Sie wird als valable Nachfolgerin des amtierenden NATO-Chefs Jens Stoltenberg gehandelt. Für den Küstenstaat also mehr als

genügend Gründe, sein Arsenal auf Vordermann zu bringen. Dazu wurden 44 CV90 mit neuen Beobachtungsgeräten und Waffensystemen ausgerüstet, über 330 Piranha V in der Schweiz bestellt, die bis Ende Jahr geliefert werden, insgesamt 19 155 mm Atmos 2000, selbstfahrende Haubitzen, und acht Puls-Mehrfachraketenwerfer von Israel geordert (Lieferung Ende 2024). Hinzu kommen ein Programm für Mittel- bis Langstrecken-Bodenluftverteidigung zur Ergänzung des neu beschafften deutschen Skyraanger-Luftabwehrsystems, 17 Bergepanzer Büffel, sechs Kodiaks und sieben Leguan-Panzerschnellbrücken für Sappeure sowie 27 Stück F-35A, die seit 2021 stückweise ihren Dienst antreten. Schliesslich sind ein Mini- und Longrange-Drohnenprogramm gestartet und die Marine mit neuen See-Luft-Abwehr raketen ausgerüstet worden. Als Hauptkampfkraft dient nach wie vor die mechanisierte erste Brigade, die bereits jetzt über 44 Leopard A7 verfügt und mit Teilen des genannten Materials ergänzt wird. Sein nicht mehr ge-

brauchtes Material liefert das Land in die Ukraine. Dazu zählen unter anderem 19 155 mm Caesar-Haubitzen, 22 Leopard 1A5, sieben Leopard 2A4, 54 M113, Minenräumfahrzeuge, 407 Stinger-Lenk Waffen und Tausende Stücke von persönlicher Ausrüstung wie Schutzwesten, Helme, Regenbekleidung oder ABC-Schutzanzüge. Das alles wird mit zusätzlichen umgerechnet 5,1 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren finanziert, Rüstungsbeschaffungen werden unterdessen mittels Sofortbewilligungen beschleunigt. Für das Jahr 2023 wurde der Verteidigungshaushalt auf 2,4 Milliarden Euro angehoben. Das Ziel ist es, bis Ende des Jahrzehnts die von der NATO geforderten zwei Prozent des BIP zu erreichen. Zudem wird diskutiert, ob auch Frauen der allgemeinen Wehrpflicht unterstellt werden sollen. Aktuell werden jedoch lediglich 20 Prozent sämtlicher Dienstpflichtigen pro Jahrgang für den Bestandeserhalt benötigt. Seit längerer Zeit machen Freiwillige den Hauptanteil der Armee aus. *pk*

NORWEGEN

Totale Unterstützung der Ukraine

Das Königreich Norwegen zählt zu den tatkräftigsten Unterstützern der Ukraine. Waren es im Jahr 2022 umgerechnet noch etwa 850 Millionen Franken, so werden in den nächsten vier Jahren insgesamt über 6,3 Milliarden Franken für das vom Krieg versehrte Land eingeplant, davon etwa 1,25 Milliarden in diesem Jahr. Verwendet wird das Geld für die Unterstützung der ukrainischen Verwaltung in Kooperation mit der Weltbank, zur Sicherstellung der Landesversorgung in Zusammenarbeit mit der Ernäh-

rungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen oder zwecks humanitärer Hilfe in Koordination mit dem Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten. Der Grossteil des Geldes wird jedoch in militärische Ausrüstung investiert. Darunter fallen drei Artilleriedarsysteme, acht Mehrfachraketenwerfer, 18 000 Artilleriegranaten, zwei Nasams-Feuereinheiten, acht Kampfpanzer Leopard 2, vier weitere Panzer und ausreichend Ausbildungskapazitäten zugunsten von Minenräumung, medizinischem Personal, Scharfschützen und allgemeiner Führungsausbildung.

Die Bevölkerung steht klar hinter diesen Bestrebungen. Erst Ende Mai sprach sich eine Mehrheit in einer vom staatlichen



Gipfeltreffen zwischen dem norwegischen Premier mit dem ukrainischen Präsidenten. Bild: gov.ua

Statistikamt Norstat durchgeführten Umfrage dafür aus, dass beispielsweise auch Kampfflugzeuge in die Ukraine geliefert werden sollen. Norwegen hält eine der grössten Reserven an F-16 Fighting Falcons in Euro-

pa. Deshalb wurde lange darüber gerätselt, ob das Land diese bald Kiew übertragen würde. Nach anfänglicher Zurückhaltung war bald klar, dass sich die norwegischen Luftstreitkräfte um die Ausbildung potenzieller

Piloten kümmern würden. Als dann die ersten Vorstösse der Niederlande und Dänemark, mit späterer Unterstützung durch das Vereinigte Königreich, hinsichtlich des F-16-Exports immer grösseren Druck auf die westlichen Entscheidungsträger ausübte, gab die US-Administration per Ende Mai schliesslich grünes Licht. So war es nach monatelangem Lobbyieren dann in der

ersten Juniwoche so weit: Norwegen, die Niederlande und Dänemark verkündeten, mindestens 50 F-16 der vierten Generation liefern zu wollen. Damit kann die Ukraine mehrere Fliegerstaffeln bilden. Die Jets sollen vor allem dazu dienen, Distanz Waffen in die Luft zu bringen und Luftnahunterstützung für die eigenen Truppen zu leisten. Die F-16 ist immer noch

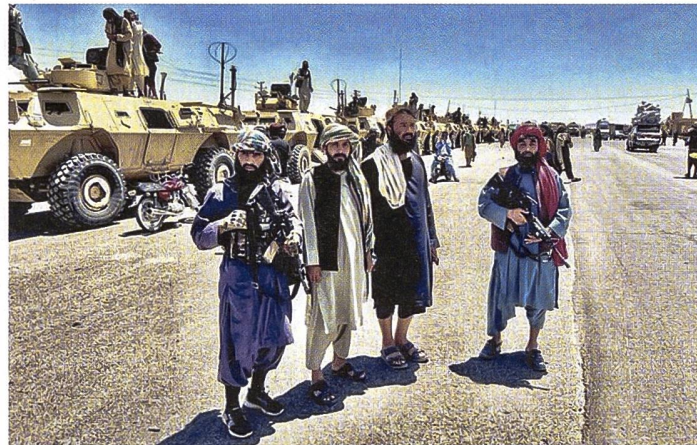
einer der weltweit am meisten vorhandenen Kampffjets, entsprechend gut sind die Trainingsmöglichkeiten und die Nachschubsituation für Ersatzteile. Für Russland wäre das eine weitere rote Linie, die überschritten würde. Im Kreml warnt man bereits prophylaktisch davor, die Ukraine mit Jets zu beliefern. Aussenminister Lawrow polterte an einer Konferenz in

Duschanbe: «Es sei zu bedenken, dass mittels einfachster Modifikationen Atombomben an den F-16 angebracht werden können. Wer das nicht verstehen will, sei als militärstrategischer Planer völlig wertlos.» Der Einsatz der Jets, die allseits nicht als «Game-Changer», aber notwendige Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte betrachtet werden, dürfte im Herbst beginnen. *pk*

IRAN / AFGHANISTAN

Krieg ums Wasser

Im Streit um die Wasserversorgung ihrer Länder lassen die Regierungen im Iran und Afghanistan die Lage entlang des Grenzfluss Hilmend zusehends eskalieren. Mit der Verlegung von schwerem militärischen Gerät nach Islam Qala, an einen der wichtigsten Übergänge zwischen den beiden Ländern, haben die Taliban auf die Gefechte in der letzten Maiwoche im etwa 480 Kilometer weiter südlich liegenden Zabol reagiert. Der stellvertretende iranische Polizeichef nahm dazu Stellung und erklärte, dass «gegen 10 Uhr morgens die Taliban ohne Rücksicht auf internationales Recht und den Grundsätzen guter Nachbarschaft mit verschiedenen Waffen den iranischen Aussenposten Sasuli im Grenzregiment Zabol überfielen, was von unseren Grenzschutzbeamten mit entschiedener Reaktion aufgenommen wurde». Gerüchte über die Eroberung des iranischen Grenzpostens durch die Taliban wurden dementiert. Es geht nun darum, dass Teheran seinem Nachbarn Vertragsbruch vorwirft und seinen rechtmässigen Anspruch auf genügend Wasser geltend macht. Seit 1973 ist festgeschrieben, wer wie viel Wasser erhält. Damit hätte eigentlich ein Jahrhunderte alter Konflikt um den längsten



Show of Force der Taliban. Bild: Afghanistan International English

Fluss Afghanistans geregelt werden sollen. Der iranische Präsident Ibrahim Raisi machte deshalb gegenüber Kabul klar, dass dieser Pakt über die Wasserrechte einzuhalten sei. Dabei drohte er den Taliban bei Nichteinhalten mit schweren Konsequenzen.

Der Hilmend entspringt in der Nähe von Kabul in den westlichen Ausläufern des Hindu-Kuschs und mündet in den Hamun-See, der entlang der Grenze zum Iran verläuft. Der 2016 zum Unesco-Biosphärenreservat erklärte See führt zusehends weniger Wasser und droht immer wieder auszutrocknen. Für die iranischen Provinzen Sistan und Beltuschistan wäre das verheerend. Ebenso für die afghanische Landwirtschaft und damit auch das Zentrum der Opiumproduktion. Etwa 85 Prozent der weltweiten Opium- und Heroinproduktion stammt gemäss des Unit Nations Office on Drugs and Crime aus der Region

Helmand. Der hohe Wasserverbrauch für die Opiumproduktion ist hauptsächlich für den sich abzeichnenden Konflikt verantwortlich. Die Taliban erklärten nun, dass ihre Truppenverlegung die logische Konsequenz auf den schweren Feuer-austausch sei, der mehrere Tote und viele Verletzte auf beiden Seiten bewirkte. Angeblich wurde der Grenzübergang in Islam Qala geschlossen, was das zuständige Finanzministerium jedoch verneinte. Zudem wurden Zisternenwagen aus der Region abgezogen. Der Sinn hinter diesen unkoordinierten Aktionen bleibt unklar. In Kabul wären genügend langjährig eingespielte Mechanismen vorhanden, um die Angelegenheit diplomatisch regeln zu können. Offensichtlich mangelt es den Taliban jedoch an der nötigen Kompetenz, ihre zwischenstaatlichen Angelegenheiten entsprechend regeln zu können. Ein Teil dieser Inkompetenz dürf-

ten deshalb auch die Truppenverlegungen sein. Das meist aus alten US-Beständen bestehende Arsenal ist in dermassen desolatem Zustand, dass an weiterführende kriegerische Aktivitäten gegen den Iran gar nicht zu denken ist. Entsprechend muss von einem PR-Coup ausgegangen werden respektive von einer inszenierten Form von «Show of Force», vor allem gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Das Wasserproblem wird jedoch bleiben. Die Durchschnittstemperatur stieg in den letzten 70 Jahren um 1,8 Grad Celsius und damit mehr als doppelt so stark wie im weltweiten Mittel. Man geht davon aus, dass ab etwa 2 Grad gewisse Teile des Landes unbewohnbar werden. Eine düstere Perspektive für die 80 Prozent der Bevölkerung des Landes, die auf Landwirtschaft angewiesen ist. Könnte das Grenzscharmützel also der Start eines grösseren Konflikts zwischen Iran und Afghanistan werden? Der Hilmend-Übergang gilt seit jeher als Verbindung zwischen den beiden Ländern, als wichtiger Handels- und Transitweg. Gleichzeitig ist er aber auch eine der Haupttrouten für Migrationsströme, dient deshalb als Basis für internationale Hilfsorganisationen, die sich um Flüchtlinge in der Region kümmern. Insofern wäre ein Krieg in der Region nicht der Anfang, sondern eher die logische Konsequenz der anhaltenden klimatischen Veränderungen. *pk*

USA / CHINA

Kritik im Rahmen des Shangri-La-Dialogs

Der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin kritisierte China für die mangelnde Bereitschaft, sich auf ein militärisches Krisenmanagement einzulassen, nachdem Peking eine offizielle Einladung zu einem Treffen zwischen ihm und seinem Amtskollegen abgelehnt hatte. «Ich bin zutiefst besorgt darüber, dass die Volksrepublik China nicht bereit ist, sich ernsthaft um bessere Mechanismen für das Krisenmanagement zwischen unseren beiden Streitkräften zu bemühen», sagte Austin auf dem wichtigsten asiatischen Sicherheitsgipfel in

Singapur. «Je mehr wir miteinander reden, desto mehr können wir Missverständnisse und Fehleinschätzungen vermeiden, die zu einer Krise oder einem Konflikt führen könnten.» Austin und sein chinesischer Amtskollege Li Shangfu sprachen

kurz miteinander und schüttelten sich beim Eröffnungssessen des Verteidigungsgipfels Shangri-La-Dialog die Hände. Das Gespräch blieb jedoch hinter den Hoffnungen des Pentagons auf einen substanzielleren Austausch zurück.



Shangri-La-Dialog 2023. Bild: International Institute for Strategic Studies

Ein hochrangiger Beamter der chinesischen Volksbefreiungsarmee wies die Behauptung Austins, Peking engagiere sich nicht genug im militärischen Krisenmanagement, entschieden zurück. Generalleutnant Jing Jianfeng sagte ausserdem, China halte an seiner Überzeugung fest, dass es die Souveränität über die Inseln im Südchinesischen Meer und die angrenzenden Gewässer besitze. Die Beziehungen zwischen den USA und China befinden sich auf einem historischen Tiefpunkt. Gründe dafür sind unter anderem Meinungsverschiedenheiten über den Status Taiwans, Spionageballons und Spionage, Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer und der anhaltende Krieg in der Ukraine. *Sc*

VENEZUELA

Feste militärische Bindung an Iran

Der iranische Verteidigungsminister hob vor Kurzem die enge Verteidigungs- und Sicherheitskooperation des Irans mit Venezuela hervor und erklärte, Teheran unterliege keinen Beschränkungen bei der Lieferung von Waffen an Länder, die sich für Frieden und Sicherheit in der Welt einsetzen. Brigadegeneral Mohammad Reza Ashtiani bezeichnete Venezuela als eine grosse Nation, die in einer sensiblen Region liegt und mit der Iran seit Jahren enge Beziehungen auf Präsidentenebene unterhält. Der General sagte, das iranische Verteidigungsministerium, das die Aktivitäten der gemeinsamen Wirtschaftskommission Iran-Venezuela koordiniert, plane, das lateinamerikanische Land mit verschiedenen inländischen Fähigkeiten auszustatten, etwa im Bereich

der Sicherheit und Verteidigung. Auf die Frage nach dem Export iranischer Waffen nach Venezuela antwortete der Minister: «Es gibt keine Beschränkungen für die Lieferung von (militärischer) Ausrüstung an andere Länder. Wir stehen mit allen Ländern in Kontakt und pflegen diese Beziehungen mit Nachdruck. Wir würden sicherlich jedem Land helfen, das sich für den Schutz der internationalen Interessen, der Sicherheit und des Friedens einsetzt und sich um die gemeinsame Weltsicherheit sorgt.» Im Juni 2022 unterzeichneten die Präsidenten Irans und Venezuelas in Teheran ein 20-jähriges Partnerschaftsabkommen zur Förderung der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen. Der venezolanische Präsident und der iranische Aussenminister betonten bei einem Treffen in Caracas im Februar 2023, dass die beiden Länder ihre nationalen Interessen angesichts des Drucks und der Bedrohungen von aussen wachsam wahren müssen. *Sc*

INDIEN

GE-Triebwerke für indische Militärflugzeuge

Die Regierung der USA steht kurz davor, ein Abkommen zu unterzeichnen, das es General Electric Co (GE) erlauben würde, Düsentriebwerke für indische Militärflugzeuge in diesem Land zu produzieren. Es wird erwartet, dass die Vereinbarung über die gemeinsame Produktion der Triebwerke bis zu dem Zeitpunkt unterzeichnet wird, an dem Präsident Joe Biden den indischen Premierminister Narendra Modi zu einem offiziellen Staatsbesuch am 22. Juni empfängt, so die anonymen Quellen der Nachrichtenagentur Reuters. Das Weisse Haus, das im Januar mitteilte, dass es den Antrag auf gemeinsame Produktion der Triebwerke in Indien erhalten habe, lehnte eine Stellungnahme ab. Auch GE äusserte sich nicht zu den

Berichterstattungen von Reuters.

Washington ist bestrebt, die Beziehungen zur grössten Demokratie der Welt zu vertiefen und sieht in einer Vertiefung der militärischen und technologischen Beziehungen zu dem südasiatischen Land ein wichtiges Gegengewicht zu Chinas Dominanz in der Region. Indien, der grösste Waffenimporteur der Welt, ist bei fast der Hälfte seiner Militärgüter von Russland abhängig und hat im Laufe der Jahrzehnte Kampffjets, Panzer, Atom-U-Boote und einen Flugzeugträger gekauft. Neu-Delhi hat Washington durch die Teilnahme an Militärübungen mit Russland und den verstärkten Kauf von Rohöl aus dem Land, einer wichtigen Finanzierungsquelle für Moskaus Krieg in der Ukraine, verärgert.

Das indische Staatsunternehmen Hindustan Aeronautics Ltd (HAL) hatte zuvor erklärt, dass es das von GE hergestellte Triebwerk 414 für eine zweite Generation leichter Kampfflugzeuge verwenden wolle und dass

es Gespräche über eine inländische Produktion dieser Triebwerke führe. Das Geschäft ist noch nicht abgeschlossen und muss auch dem US-Kongress gemeldet werden. Washington kontrolliert streng, welche inländische Militärtechnologie an andere Länder weitergegeben oder verkauft werden darf. Eine breitere gemeinsame Partnerschaft zwischen den Vereinigten

Staaten und Indien, die Anfang des Jahres angekündigt wurde, soll Unternehmen aus beiden Ländern zur Zusammenarbeit ermutigen, insbesondere bei militärischer Ausrüstung und Spitzentechnologie. Während GE der HAL, die die Triebwerke in Lizenz herstellen wird, einen gewissen Technologietransfer angeboten hat, drängt Indien nach Angaben einer mit den

Gesprächen vertrauten Person auf eine stärkere gemeinsame Nutzung der Technologie. Indien ist sehr daran interessiert, das Know-how für die Herstellung von Flugzeugtriebwerken zu erhalten. Zwar kann das Land Kampffjets im eigenen Land herstellen, doch fehlt ihm die Fähigkeit, Triebwerke für diese Flugzeuge zu produzieren. HAL verwendet ein leichteres GE-

Triebwerk für die 83 leichten Kampfflugzeuge, die es für die indische Luftwaffe herstellt. Indien beabsichtigt jedoch, im Laufe des nächsten Jahres mehr als 350 Kampfflugzeuge für seine Luft- und Seestreitkräfte zu produzieren. *sc*

AUSTRALIEN / NEUSEELAND

Verstärkte militärische Kooperation

Medienberichten zufolge haben sich das australische und das neuseeländische Militär verpflichtet, ihre Zusammenarbeit auf die Bereiche Technologie und Informationsaustausch auszuweiten. Das neue Upgrade wurde als «Plan Anzac» bezeichnet,

net, der es den beiden Armeen ermöglichen wird, operative Informationen und Technologien auszutauschen und ihre Beziehungen zu intensivieren, so ABC News. «Der Plan Anzac baut auf unserer bedeutenden Anzac-Geschichte auf und soll sicherstellen, dass wir kooperieren, uns integrieren und zusammenarbeiten können, sowohl auf bilateraler Ebene als auch mit unseren Partnern in der Region, und zwar in einer Weise, die für die heutigen Umstände am besten

geeignet ist», so Greg Jennett und der Chef der australischen Armee, Generalleutnant Simon Stuart. Generalmajor John Boswell, Chef der neuseeländischen Armee, erklärte, dass beide Seiten auch ein breiteres Engagement in der Pazifikregion in Betracht ziehen. «Es sollte niemanden überraschen, dass wir uns jetzt mit unserer Region befassen und überlegen, wie wir mit der Region in einer Weise zusammenarbeiten können, die für alle Parteien von Vorteil

ist», sagte er. Die Aufwertung der trans-tasmanischen Militärpartnerschaft zwischen Wellington und Canberra erfolgt Monate, nachdem China ein Sicherheitsabkommen mit den Salomonen geschlossen hat, das Reaktionen aus den Ländern der Region hervorgerufen hat. *sc*

NORDKOREA

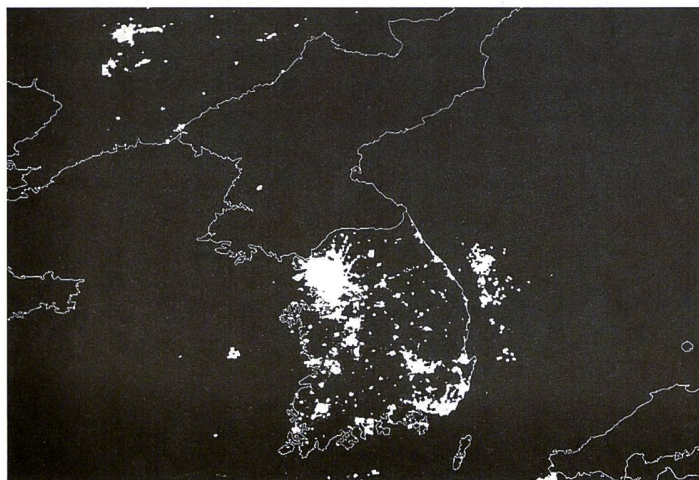
Satellitenprogramm harzig unterwegs

Nordkoreas erster Start eines Spionagesatelliten ist nach einer Fehlfunktion der zweiten Stufe fehlgeschlagen. Das Projektil stürzte ins Meer und das Regime versprach, bald einen weiteren Start durchzuführen. Der Start löste Notfallwarnungen auf der südjapanischen Insel Okinawa und in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul aus, wo die Stadt irrtümlich kurzzeitig eine Evakuierungswarnung aussprach. Beide Warnungen wurden später wieder aufgehoben. Die neue Cholli-ma-1-Satellitenrakete scheiterte aufgrund von Instabilitäten im Triebwerk und im Treibstoffsystem, so die offizielle Nachrichtenagentur KCNA, und füg-

te hinzu, dass Beamte daran arbeiteten, die «schwerwiegenden Defekte» zu überprüfen, die die Fehlfunktion der Rakete verursacht hatten. Der Start war der sechste Satellitenstartversuch des atomar bewaffneten Staates und der erste seit 2016. Er sollte den ersten Spionagesatelliten Nordkoreas in die Umlaufbahn bringen.

Nach dem ungewöhnlich schnellen Eingeständnis des Scheiterns versprachen nordkoreanische Beamte jedoch, so bald wie möglich einen zweiten Start durchzuführen, was darauf hindeutet, dass Kim weiterhin entschlossen ist, sein Waffenarsenal zu erweitern und den Druck auf Washington und Seoul zu erhöhen. Das südko-

reanische Militär teilte mit, es habe in den Gewässern 200 Kilometer westlich der südwestlichen Insel Eocheongdo ein Objekt geborgen, bei dem es sich vermutlich um ein Teil der abgestürzten Rakete handelt. Das Verteidigungsministerium veröffentlichte später Fotos eines weissen Metallzylinders, den es als mutmassliches Raketen-teil bezeichnete. Der südkoreanische Generalstab hatte zuvor erklärt, er habe den Start eines militärischen Aufklärungssatelliten, den Pjôngjang als solchen bezeichnete, gegen 6.29 Uhr aus dem Bezirk Tongchang in der westlichen Provinz Nordpjôngjang in Nordkorea in südlicher Richtung entdeckt. *sc*



Satellitensicht auf Nordkorea (dunkel) und Südkorea (viele Lichter). Bild: Wikipedia